

Beratung Maßnahmenentwicklung/Einrichtung Runder Tisch Kinderarmut
Ergebnisprotokoll

11. Juni 2012 • Stadthaus 1, Raum 717

Teilnehmende

s. Anlage

Sitzungsleitung

R. M. Rzyski

Protokoll

K. Liebing (Bildungsbüro Osnabrück)

Begrüßung

Frau Rzyski begrüßt die Anwesenden.

Herr Sommer und Herr Schwack bitten darum, unter Tagesordnungspunkt 1 neben den von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen auch die vom Berufsschulzentrum am Westerberg, der Hauptschule Innenstadt sowie der IGS Eversburg gemeldeten Bedarfe zu berücksichtigen. Die Tagesordnung wird mit einer Ergänzung angenommen.

TOP 1) Beratung, welche Maßnahmen bereits vor der Sommerpause und vor Einrichtung des Runden Tisches Kinderarmut auf den Weg gebracht werden sollen

Die Verwaltung macht Vorschläge, welche Maßnahmen noch vor der Sommerpause beschlossen und damit auf den Weg gebracht werden sollen. Die entsprechende Vorlage wird mündlich um eine grobe Kostenschätzung ergänzt.

Maßnahmen Typ I: (Maßnahmen die ohnehin vorgesehen waren und nun aufgrund der Finanzierung durch zusätzliche Mittel des Bundes den städtischen Haushalt entlasten)

Maßnahme	Kostenschätzung
Bau einer Mensa am Standort Grundschule Eversburg	750.000 €
Erweiterung der Mensa am Standort Rosenplatz Schule	160.000 €
Umbau der Hausmeisterwohnung am Standort Stüveschule	150.000 €
Umsetzung des Präventionskonzeptes Dodesheide Ost/Sonnenhügel	130.000 €
Summe	1.190.000 €

Maßnahmen Typ II: (Maßnahmen an Schulen und in den Handlungsfeldern der Jugendhilfe, die geeignet sind, die Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern)

Maßnahme	Kostenschätzung
Zusätzliche Personalressource (0,5 Stellen) Heiligenwegschule	40.000 €
Zusätzliche Personalressource (0,5 Stellen) Rosenplatzschule	40.000 €
Zusätzliche Personalressource (0,5 Stellen) Stüveschule	40.000 €

Zusätzliche Personalressource (0,5 Stellen) Schule in der Dodesheide	40.000 €
Zusätzliche Personalressource (0,5 Stellen) Grundschule Eversburg	40.000 €
Summe	200.000 €

Die Beratung zu den Maßnahmen Typ II wurde im Rahmen der Sitzung um folgende Vorschläge erweitert und von Herrn Schwab mündlich erläutert.

Maßnahme	Kostenschätzung
Intensivierung der sozialpäd. Betreuung von sozial auffälligen und unbeschulbaren Jugendlichen im Übergang von der Schule in den Beruf am Standort BBZ am Westerberg	134.000 €
Intensivierung der sozialpäd. Betreuung von Schulschwänzern in den 5. u. 6. Jhrg. in ausgesuchten Schulen (HSI) in Kooperation mit der Koordinierungsstelle gegen Schulverweigerung	110.000 €
Zusätzliche Bildungs- und Freizeitangebote für benachteiligte Kinder und Jugendliche im Stadtteil Eversburg in der Vernetzung von JZ Westwerk, IGS und Schulzentrum Eversburg	140.000 €
Summe	384.000 €

Zur Verfügung stehende Mittel	2.140.775 €
Summe Maßnahmen Typ I	1.190.000 €
Summe Maßnahmen Typ II: Personalressourcen Grundschule	200.000 €
Summe Maßnahmen Typ II: Handlungsfeld Jugendhilfe	384.000 €
Noch nicht mit Handlungskonzepten hinterlegte Mittel	366.775 €

In der Summe würden folglich Maßnahmen des Typs I in Höhe von 1,19 Mio. € und Maßnahmen des Typs II in Höhe von 584.000 € entstehen. Würden all diese Maßnahmen 1:1 umgesetzt, stünden für die Beratung und Empfehlung des Runden Tisches Kinderarmut 366.775 € zur Verfügung.

Im Verlauf der Diskussion werden vor allem die organisatorischen Rahmenbedingungen des Prozesses thematisiert. Die Teilnehmenden kritisieren zum einen, dass die kurzfristige Einberufung des Treffens keine sorgfältige Auseinandersetzung mit den Vorschlägen erlaubt habe und befürchten eine übereilte Entscheidung. Frau Rzycki stellt heraus, dass generell kein Zeitdruck bestünde, da die Mittel nicht bis 2013 ausgegeben werden müssten; der Wunsch nach einer schnellen Entscheidung sei also weniger formal zwingend als vielmehr durch die Situation an den betroffenen Schulen begründet. So ermögliche eine Entscheidung vor der Sommerpause, bereits zum Schuljahr 2012/2013 zusätzliche Personalressourcen, z. B. an Grundschulen, einzustellen.

Zum anderen ermögliche die Informationslage keine dezidierte Einschätzung der vorgeschlagenen Maßnahmen: Gewünscht wird eine präzisere Kostenplanung, die auch Folgekosten berücksichtigt; die Flankierung der investiven Maßnahmen mit personellen und pädagogischen Verbesserungen; die Darstellung der zu erzielenden Wirkungsmechanismen sowie des Bezugs zur Prävention bzw. Milderung von Kinderarmut.

Die vertretenen Akteure sehen sich außer Stande, auf dieser Grundlage eine Empfehlung für die jeweiligen Maßnahmen auszusprechen. Inhaltlich erscheinen ihnen die Vorschläge gleichwohl plausibel; die Gruppe macht deutlich, dass sich kritische Äußerungen nicht gegen die Maßnah-

men selbst richten. Einvernehmen herrscht darüber, dass an den genannten Schulen Handlungsbedarf besteht. Lediglich bezüglich des Umbaus der Hausmeisterwohnung der Stüveschule wird anlässlich der Verlegung der Kreuzschule eine Raumplanung zur Feststellung des tatsächlichen Bedarfes für erforderlich gehalten.

Nicht angezweifelt wird, dass die Mittel auch zur Entlastung des kommunalen Haushaltes eingesetzt werden sollen; gleichzeitig wird deutlich gefordert, dass ein nicht unerheblicher Teil der Mittel auch für tatsächlich zusätzliche Maßnahmen zur Verfügung stehen sollte. Frau Rzyski betont, dass die 2,14 Mio. € lediglich einen Einstieg in die auf den Bericht aufbauenden Maßnahmen ermöglichen.

Insgesamt sind sich die Sitzungsteilnehmer/-innen einig, dass sie an dieser Stelle keine Empfehlungen für bzw. gegen die vorgeschlagenen Maßnahmen aussprechen möchten. Die Stimmung bezüglich der Verwaltungseinschätzung, einzelne Maßnahmen noch vor der Sommerpause auf den Weg zu bringen, ist grundsätzlich positiv. Wichtig ist den Anwesenden, dass nicht die kompletten Mittel in Höhe von 2,14 Mio. € vorab verplant werden, sondern Mittel verbleiben, über deren Verwendung im Rahmen des Runden Tisches Kinderarmut beraten werden kann.

TOP 2) Beratung über die Konstituierung des Runden Tisch Kinderarmut.

Die Anwesenden verständigen sich zunächst über die Ziele des einzurichtenden Runden Tisches. Geplant ist ein Beratungsgremium, das aufgrund in der Stadt vorhandener Vernetzungsstrukturen und Expertisen die Politik und Verwaltung bei der Maßnahmenplanung unterstützen kann. Der Kreis soll sich neben der Beratung von konkreten Maßnahmevorschlägen auch mit grundlegenden Fragestellungen, besonders der Armutsprävention mit seinen verschiedenen Facetten, beschäftigen. Folgendes Vorgehen wird abgestimmt:

Teilnehmer/-innen:

- *Fraktionen (6 Vertreter/-innen; nicht stimmberechtigt)*
- *Fachverwaltung (4 Vertreter/-innen: FB Schule/Sport, FB Kultur, FB Kinder, Jugendliche und Familien, FB Soziales; nicht stimmberechtigt)*
- *Vorstand der Stadt (1 Vertreterin; nicht stimmberechtigt)*
- *Wohlfahrtsverbände (5 Vertreter/-innen; stimmberechtigt)*
- *Osnabrücker Sozialkonferenz (1 Vertreter/-innen; stimmberechtigt)*
- *Arbeitslosenselbsthilfe (1 Vertreter/-in; stimmberechtigt)*
- *Schulen (2 Vertreter/-innen; stimmberechtigt)*
- *Kinderschutzbund (1 Vertreter/-in; stimmberechtigt¹)*
- *Verband alleinerziehender Mütter und Väter (1 Vertreter/-in; stimmberechtigt)*
- *Jugendparlament (1 Vertreter/-in; stimmberechtigt²)*

Da Kinderarmut als Querschnittsthema aufzufassen ist, werden zu einzelnen Sitzungen je nach Schwerpunkt zusätzliche Vertreter/-innen (*nicht stimmberechtigt*) hinzugeladen (z. B. Jobcenter, Stadtwerke, Jugendgerichtshilfe...)

¹ Verwaltung bittet Schulleitungen um Vorschlag zur Teilnahme

² Nach Konstituierung

Geschäftsordnung:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Geschäftsordnung zu entwerfen und den Teilnehmenden vor der konstituierenden Sitzung zur Verfügung zu stellen.

Der Runde Tisch tagt öffentlich; stimmberechtigt sind lediglich die oben aufgeführten Teilnehmer/-innen. Der Runde Tisch kann darüber entscheiden, weitere Teilnehmer/-innen in den Kreis aufzunehmen und mit einem Stimmrecht auszustatten.

Entscheidungen werden nach dem Mehrheitsprinzip getroffen.

Der Sitzungsvorsitz rotiert unter den stimmberechtigten Mitgliedern in alphabetischer Reihenfolge.

Die Sitzungen sollen jeweils um 17:00 Uhr beginnen und maximal für zwei Stunden angesetzt werden.

Konstituierende Sitzung:

Die erste Sitzung findet zwischen dem 10. und dem 20. Juli 2012 statt. Sie ist nicht öffentlich und wird zur Verabschiedung der Geschäftsordnung sowie zur Themensammlung und -priorisierung genutzt.

Terminvorschlag für die konstituierende Sitzung :

18. Juli 2012, 17.00 – 19.00 Uhr, Rathaus, Sitzungsraum „Justus Möser“